

Bibow oder das Ende der kommunalen Selbstverwaltung?

Nimmt man einmal die Vorgänge um den Bürgermeister und seinen Stellvertreter in Bibow zum Anlass, um einen genaueren Blick auf die Kommunalpolitik und wie sie real funktioniert zu werfen, stellt sich einem da schon ein desillusionierendes Bild dar.

Von Gestaltungsspielraum in den Kommunen oder gar Selbstverwaltung kann kaum die Rede sein. Das betrifft sowohl die politische Entscheidungsspielräume als auch die finanziellen Möglichkeiten. Bewusst werden durch die Strukturierung in Oberzentren, Mittelzentren und Unterzentren die Ansätze für das "Teile- und Herrsche" Prinzip geschaffen und selbstverständlich auch ausgenutzt. Das bestätigen derzeitige Debatten um die Finanzierung von Kommunen, die insbesondere von den notleidenden "Oberzentren" geführt werden. Der Entscheidungsspielraum der Kommunen wird wesentlich durch Satzungen geregelt. Diese Satzungen fallen von oben (Land) -nach Kenntnisnahme der Kommunalaufsicht beim Landkreis- und umkopieren in den Ämtern direkt als Beschlussvorlage auf die Tische der Kommunalvertretungen. Alle Kommunen werden damit gleichgeschaltet. Wer aus der Reihe tanzt und eigene Ideen einbringen will, der wird in umgekehrte Reihenfolge des Wanderweges der Beschlussvorlagen, zur Raison gebracht. Natürlich -demokratisch: Zunächst empfiehlt der Amtsausschuss mittels Beschlussfassung, den Abtrünnigen die Korrektur des Eigensinns. Falls das nicht funktioniert, taucht ein Vertreter des zuständigen Sachgebietes der Kreisverwaltung auf und macht klar, dass die Gemeindevertretung beschließen kann, was sie will, dass das aber allenfalls Alibi charakter fürs Protokoll hätte, denn .."was gemacht wird, bestimmen wir".. (aus einer Einwohnerversammlung zum Thema Kläranlage sinngemäß zitiert, mit wörtlichem Ende). Sollte dieses Aufgebot bis dahin versagt haben, schaltet sich der Innenminister ein- wie man sieht.

Jörg Kröger

PS Wer diese Verfahrensweise für eine Ausnahme hält, der sollte sich mal mit den Bürgermeistern unterhalten, die gerade zum Thema Windkraftanlagen vor vollendete Tatsachen (Planungen) gestellt werden.